



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24834 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/263 - 18. November 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Noch bleibt Hoffnung Zur Antwortnote der Bundesregierung	68
3	Der General an die Macht! Staatsstreich im Sudan und seine möglichen Folgen	44
3	Nochmals: "Potentieller Kriegsverbrecher"	12
4 - 5	Lázaro Cárdenas - mexikanischer Volksführer und Staatsmann Zur Europa-Reise des Ex-Präsidenten von Mexiko	100
6 - 7	Aus der Dementierpraxis der Regierung Adenauer Schäffers Ostgespräche im Spiegel "offizieller" Erklärungen	108
8	Die Wohnungsversorgung junger Familien Ungenügendes Verständnis der Bundesregierung	58

* * * * *
* * * * *

Noch bleibt Hoffnung

sp - Am Montag hat der deutsche Botschafter in Moskau, Kroll, der Sowjetregierung die Antwortnote der Bundesregierung übergeben, die auf die Note der UdSSR vom 18. September 1958 Bezug nimmt, in der die Sowjetunion die vom Bundestag einstimmig angeregte Bildung eines Viermächte-Gremiums zur Behandlung der deutschen Frage in dieser Form abgelehnt hat. Die deutsche Note vom 17. November mußte also das Ziel verfolgen, die sowjetischen Gründe der Ablehnung eines solchen Gremiums zu überwinden und Mißverständnisse auszuschalten. Unter diesem Gesichtspunkt hat auch eine Analyse der Antwortnote der Bundesregierung zu stehen.

Dabei ist unumwunden festzustellen, daß die Antwortnote zwei neue positive Gesichtspunkte enthält. Man soll nicht darüber streiten, wem dieses Verdienst zukommt, aber unzweifelhaft dürfte die intensive Beratung und das Drängen der Opposition im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages dafür verantwortlich sein.

Während die Bundesregierung bisher strikt abgelehnt hat, über einen Friedensvertrag zu verhandeln, erklärt sie sich in ihrer Note vom 17. November dazu bereit, denn es heißt wörtlich in der Note:

"... Das schließt naturgemäß nicht aus, daß in dem Gremium auch alle anderen Aspekte behandelt werden müssen, die mit dem ausgesprochenen Ziel in Zusammenhang stehen. Das gilt auch für die mit der Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages zusammenhängenden Fragen".

In diesem Punkte hat sich offenbar die Bonner Politik weiterentwickelt.

Auch in einer zweiten Frage ist es dem Auswärtigen Ausschuß gelungen, bisherige formalistische Hemmnisse der Bundesregierung zu überwinden, denn es war der Standpunkt der Bundesregierung, daß sie jede Konsultation durch ein Viermächte-Gremium ablehnen würde, wenn auch Vertreter der Sowjetunionregierung im gleichen Konferenz-Vorzimmer zu den Beratungen hinzugezogen würden. Die Note selbst spricht dieses Thema nur verklausuliert an, aber offensichtlich ist man bereit, jetzt so zu verfahren, wie man es schon einmal bei UN-Beratungen über die Kriegsgefangenenfrage getan hat.

Auf der anderen Seite ist unverkennbar, daß der Notentext in der

18. November 1958

Traktantenliste der zu behandelnden Themen im Viermächte-Gremium von den einstimmigen Beschlüssen des Deutschen Bundestages vom 2. Juli und 1. Oktober 1958 in gewisser Weise abweicht. Diese einstimmigen Beschlüsse gingen natürlich immer von den Grundgedanken aus, daß die Verhandlungen im Viermächte-Gremium die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit zu fördern haben. Man wollte jedoch nicht, daß die Bereitschaft der Vier und vor allem des sowjetischen Partners, sich überhaupt an einen Tisch zu setzen, von vornherein dadurch erschwert wird, daß man Themen als Verhandlungsgegenstand deklariert, die bei der anderen Seite nur die bekannte Pankow-Reaktion auslösen. Deshalb entschied man sich zu der alles umfassenden positiven Klausel "zur Lösung der deutschen Frage".

Wie gesagt, enthält der Notentext in diesem Punkt gewisse Abweichungen, aber die SPD hofft trotzdem, daß die Seite, auf die es vor allem ankommt, daraus nicht den "Aufhänger" konstruiert, um sich erneut einem Viermächte-Gespräch zu verweigern.

Die Sowjetunion hat immer wieder erklärt - auch in ihrer Note vom 18. September - , daß es ihr darauf ankommt, über den Friedensvertrag für Deutschland zu sprechen, und sie hat in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit der Beratung der Statusfrage eines wiedervereinigten Deutschlands hervorgehoben. Bei gutem Willen kann die Sowjetunion jetzt dieses Gespräch haben, wenn sie die Note der Bundesregierung vom 17. November nicht ablehnend beantwortet.

Von der Antwort der Sowjetregierung auf die jüngste Note wird sehr viel abhängen. Ist die Antwort wieder ein Nein, dann wird es sehr schwer sein, einen neuen Ansatzpunkt zur Behandlung der deutschen Frage zu finden. Gerade in dem Bewußtsein, daß mit der deutschen Note und der zu erwartenden Antwort für absehbare Zeit eine Entscheidung fällt, wäre es der SPD lieber gewesen, wenn man den Beschluß des Deutschen Bundestages dem Sinne und dem Wortlaut nach ausgeführt hätte, um nicht später, wie nach 1952, eines Tages wieder Klagen über versträute Gelegenheiten anstimmen zu müssen. Wir wollen hoffen, daß wir nicht in die gleiche Situation kommen. Bei gutem Willen und realistischer Betrachtungsweise durch die Sowjets kommt man vielleicht um diese Klippe herum.

Der General an die Macht!

H.E.D. Die Machtergreifung durch den Oberkommandierenden der Armee im Sudan hat die politische Öffentlichkeit der Welt überrascht. Seit 48 Stunden hat das parlamentarische System in diesem sehr bedeutsamen afrikanischen Staat aufgehört zu bestehen, und damit scheint jene Welle militärischer Revolten, wie sie vor kurzem im Irak, in Pakistan und Burma begann, afrikanischen Boden erreicht zu haben. "Alle Macht den Militärs", dieser Schlagtruf ist somit für eine Reihe von Ländern das Motto geworden, mit denen man hofft, ihre innen- und aussenpolitische Misere zu überwinden.

Zur Stunde ist noch unklar, welche Änderungen in der Aussenpolitik des Sudan Platz greifen werden. Die gestürzte Regierung Khalil, der pro-westliche Neigungen nachgesagt wurden, hatte sich erst vor kurzem sehr energisch um eine Besserung des sudanesisch-ägyptischen Verhältnisses bemüht. Aus diesem Grunde nimmt es nicht wunder, dass Gamal Abdel Nasser und seine Freunde in Kairo sehr überrascht über die Wendung der Dinge in Khartoum waren, glaubte man in der Vereinigten Arabischen Republik doch, endlich eine Verständigung über das strittige Problem des Nilwassers und Assuan-Projektes zu erreichen. Zwar konferierten in Kairo die Führer der sudanesischen Oppositionspartei mit dem Staatschef und zeigten sich sehr optimistisch über eine baldige Änderung des Regimes, doch der Staatsstreich Generals Abbud scheint sie ebenso überrascht zu haben wie die politischen Kreise des Westens.

Man beeilte sich in London und Washington auf die "westliche" Haltung des Generals hinzuweisen, war auf der anderen Seite aber nicht allzu glücklich über den Sturz Khalils, den im Spiel des westlichen Rearrangements mit Nasser eine wichtige Rolle zugeordnet war. Die in aller Schnelligkeit in Europa verbreitete Version, die sudanesischen Armee sei einem pro-Nasser-Putsch der Opposition zuvorgekommen, ist nur dann richtig zu verstehen, wenn man weiss, dass in den letzten Monaten und Wochen so ziemlich alle politischen Kräfte des Landes sich mit Aufstandgedanken trugen. Nicht ausgeschlossen hiervon sind auch die beiden Führer der grossen islamischen Sekten, Rahman el Mahdi und Ali Mirghani. Während ersterer die herrschende Umma-Partei unterstützte, stand der letztere auf der Seite der pro-ägyptischen Opposition, wobei man aber von derartigen Engagements nicht allzuviel halten sollte, da sie heute und morgen schon wieder wechseln könnten.

Einige Anzeichen sprechen dafür, dass die sudanesischen Armee zu- meist keine drastische Änderung des von der bisherigen Regierung eingeschlagenen aussenpolitischen Kurses beabsichtigt, auch wenn in der ersten Proklamation Generals Abbud von "besseren Beziehungen zu Kairo" gesprochen wird. Für den Westen aber sollten die jüngsten Ereignisse im Sudan eine erneute Mahnung sein, sich endgültig von der schematischen Einordnung afrikanischer Gruppen und Vorgänge in "pro"- und "anti"-Nasser gesinnt freizumachen.

+ + +

Nochmals: "Potentieller Kriegsverbrecher" - Das Bundesverteidigungsministerium legt Wert auf die Feststellung, dass Bundesverteidigungsminister Dr. h.c.Franz Josef Strauss in seiner Regensburger Wahlversammlung den Ausdruck "potentieller Kriegsverbrecher" nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit Erörterungen über den Rapacki-Plan gebraucht habe. Das Bundesverteidigungsministerium bestätigt jedoch ausdrücklich, der Minister habe den Ausdruck "potentieller Kriegsverbrecher" im Zusammenhang mit Erörterungen über politische Vorschläge zur Entspannung in Europa des Engländers King Halls und des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Dr. Dr. Gustav Heinemann gebraucht. - Wir teilen dies unseren Abonnenten mit, stellen jedoch hierzu fest, dass die Sache durch die Einbeziehung eines deutschen Bundestagsabgeordneten nur noch schlimmer wird.

+ + +

Lázaro Cárdenas - mexikanischer Volksführer und Staatsmann

Von Hans Diesel

Der mexikanische Revolutionsgeneral Lázaro Cárdenas war Staatspräsident von 1934 - 40. Doch wäre es falsch, in ihm etwa eine dekorative Figur der mexikanischen Vergangenheit zu sehen. Gewiss liegen seine entscheidenden Leistungen für das Land in der Zeit seiner eigenen Regierungstätigkeit und gerade im heutigen zeitlichen Abstand sieht man die Konturen des grossen sozialreformerischen Werks in diesen sechs Präsidentschaftsjahren noch schärfer. In der Tat hat aber Lázaro Cárdenas durch die tiefe Agrar-Reform, die er verwirklichte, durch die Politik der Nationalisierung, der er zum Durchbruch verhalf, durch die Förderung der Arbeitergewerkschaften und durch das Aufrütteln von grossen Massen der Indios, Mexikos Entwicklungslinien der letzten 25 Jahre entscheidend beeinflusst. Das moderne Mexiko schreitet seither weitgehend in den sozialen und geistigen Bahnen fort, die unter der Anführung von Cárdenas, und später unter seiner Beteiligung geformt wurden. Würde Cardenas seine Politik und Haltung in Begriffen zusammenfassen, so könnte er sie mit Recht in drei zusammengehörenden Formeln umschreiben: Nationalrevolutionäre Gesamtansicht Mexikos, - sozialökonomische und kulturelle Eingliederung des Indios, - Aufstieg zu einer modernen industrialisierten Gesellschaft.

Weiterwirkende Impulse.

Das politische Gewicht und die Rolle von Lázaro Cárdenas im heutigen Mexiko ergibt sich daraus, dass dieser Revolutionsgeneral in seiner eigenen Person die lebendige Kontinuität und die weiterwirkenden sozialen Impulse der mexikanischen Revolution repräsentiert. Er hat das unbedingte Vertrauen der grossen Volksmassen und der entscheidenden Schichten des neuen Mexiko, der Indios, der heutigen und gestrigen Bauern, die inzwischen teilweise Arbeiter wurden, aber auch der tragenden Schichten der Gewerkschaftsbewegung, des staatlichen Beamtenkörpers und der Armee. Für die Masse der Indios und der Bauern ist er inzwischen zu einer legendären Gestalt geworden und mit tiefem Respekt nennt man ihn draussen im Lande "Tata Lázaro". Im politischen Leben wirkt er bei aller Zurückhaltung fast nur durch seine Präsenz, als Garant der bisher von den Volksmassen erworbenen sozialen Rechte, als oberstes soziales Gewissen der Nation. Obwohl er auch nur jeden Anschein vermeidet, die Rolle eines "jefe Máximo", des obersten Chefs oder des starken Mannes zu spielen, ist Lázaro Cárdenas Stellung als unbestrittener Volksführer des Landes mit den Jahren noch stärker geworden.

Aber der ehemalige Staatspräsident von Mexiko verfügt heute auch über eine bedeutende politische Reife, die in ihm auch ganz dem Staatsmann erkennen lässt, wann er nicht die Würde eines hohen Amtes vertritt. Lázaro Cárdenas haben die eigenen Erfahrungen gelehrt, menschliches Denken und Tun in seinen Auswirkungen, und damit in einer gewissen historischen Perspektive, zu sehen. Zwischen Absicht und Leistung, und ebenso zwischen Wirker und Wirkung, ist in der gesellschaftlichen Sphäre meist keine Einheitlichkeit zu erzielen. Die grossen sozialen Probleme, die man glaubt in kühnem Zupacken meistern zu können, verändern denn meist nur ihre Erscheinungsform.

Schattenseiten der Agrarreform

Lázaro Cárdenas muss es tief empfunden haben, dass seine grosszügige Agrarreform vorerst die jahrhundertlange Misere des mexikanischen Bauern nicht aufhob. Es erwies sich, dass der Landbesitz, nach welchem der enteignete und entrechtete Indio so lange gehungert hatte, nun nicht einmal sei en nackten Hunger zu stillen vermochte. Die massenweise Flucht von der eigenen Scholle zu den neu aufgeschissenen Industriebetrieben, oder die zeitweise Flucht zur Saisonarbeit in die USA war eine der tatsächlichen Folgen der radikalen Agrarreform. In den Ejidos, der mexikanischen landwirtschaftlichen Genossenschaftsform, sah sich der Indio viele Jahre hindurch nicht nur durch den bisherigen Kavziken (Dorfgewaltigen), sondern auch durch einen neubestallten "comisario" geschurigelt und ausgebeutet! Der staatliche Kredit, der den Kleinbetrieb unterstützen und leben sollte, erzeugte stattdessen im Endeffekt eine Kette von Zwischenstellen und Zwischengewinnlern, die den Bauern noch mehr knebelten. Die Produktionsschwierigkeiten, die der Agrarreform folgten, drohten so eine Zeitlang mit dem Verfall der mexikanischen Landwirtschaft. Erst als in den letzten Jahren immer stärker auch auf dem Lande die Mechanisierung der Arbeitsprozesse und die Intensivierung der Arbeit sich durchzusetzen begannen, war diese Gefahr grundsätzlich überwunden. Aber die landwirtschaftlichen Maschinen und der beginnende Prozess der Industrialisierung auch der landwirtschaftlichen Produktion haben ihrerseits bewirkt, dass in neuen Formen wiederum landwirtschaftliche Grossbetriebe und "haciendas" entstanden. Übrigens geht in der mexikanischen Stadt in ähnlicher Weise der Industrialisierungsprozess mit einer starken Zunahme von monopolistischen Erscheinungen Hand in Hand. Lázaro Cárdenas konnte so am mexikanischen Beispiel ablesen, wie illusionär es ist, von zentraler Stelle und mit starker Hand den sozialen Umbau eines Landes gestalten zu wollen.

Immun gegen sowjetrussische Lockungen

Auf Mexiko, das bereits 1910 seinen eigenen Weg der Agrarrevolution begonnen hatte, übt nach den Jahrzehnten mannigfaltiger politischer und sozialer Erfahrungen im eigenen Lande, das sowjetrussische Beispiel eine weit geringere Anziehungskraft aus, als auf viele andere Entwicklungsländer. Besonders bei den intellektuellen und den anderen qualifizierten Schichten des Landes ist der hier stark entwickelte lateinamerikanische Hang zum Individualismus und die immense mexikanische Freiheitsliebe eine sichere innere Barriere gegen die sowjetrussischen Lockungen mit dem Kasernengeist in der Gesellschaft. Wenn dennoch gerade Lázaro Cárdenas als Fürsprecher einer aktiveren mexikanisch-russischen Freundschaftspolitik erscheint, so hat das im wesentlichen weniger mit der fernen Sowjetunion, als mit den sehr nahen USA zu tun. Schon immer sahen die mexikanischen Staatsmänner ihre Aufgabe darin, in der Aussenpolitik und auch in der Wirtschaftspolitik mit Gegengewichten zu operieren, die schliesslich den Ausgleich erleichtern.

Auch ohne die augenblickliche nordamerikanische Wirtschaftskrise und ihre fühlbaren Rückwirkungen im Aussenhandel war es für Mexiko schon seit Jahren eindeutig klar, dass die weitere Entwicklung des Landes unbedingt eine Differenzierung seines Aussenhandels erfordert. Die Ausweitung der Beziehungen zu den europäischen Ländern, ohne sich vom Sowjetraum abzuziegeln, steht hier auf der Tagesordnung. Das ist sicher auch einer der wichtigen Aspekte der jetzigen Europa-Reise des mexikanischen Ex-Präsidenten Lázaro Cárdenas.

Aus der Dementierpraxis der Regierung Adenauer

W. P. Es ist sicher, daß Ulbricht mit seiner Behauptung, die Idee der Konföderation stamme von einem Bonner Minister, der sie an Persönlichkeiten der Zone hergetragen habe, Unruhe in der deutschen Öffentlichkeit stiften wollte. Sofort nach dieser Behauptung Ulbrichts hat Bonn seine Dementiermaschine in Bewegung gesetzt. Wie das aussah und mit welchem Ergebnis die "Maschine" funktionierte, dafür mögen nachstehende Zitate als aufschlußreiche Zeitdokumente dienen:

Ulbricht: Konföderations-Plan stammt von Bonner Minister

"Der Kommunistische Parteisekretär der Zone, Ulbricht, hat die kommunistischen Vorstellungen über eine Konföderation als Ausgangspunkt für eine Wiedervereinigung noch einmal modifiziert. Am bemerkenswertesten war Ulbrichts Erklärung, daß der Friedensvertrag von einer gemeinsamen deutschen Kommission im Rahmen einer Konföderation, also noch vor Abhaltung freier Wahlen und Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, unterschrieben werden soll."

"In seinen weiteren Ausführungen behauptete Ulbricht, der Gedanke einer Konföderation sei vor geraumer Zeit von einem Bonner Minister, der der Unionsfraktion angehöre - dessen Name er aber nicht nannte -, an Persönlichkeiten der Zone hergetragen worden."

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.10.1958)

Bonn: Kein Minister der Bundesregierung führte Gespräche

Nach den ersten Hinweisen aus Ostberlin über die Begegnung eines deutschen Ministers mit Funktionären des sowjetischen Regimes war in Bonn an jeden Minister die Gretchenfrage gerichtet worden: 'Haben Sie dieses Gespräch geführt?' Noch am 22. Oktober versicherte ein Regierungssprecher: 'Es bleibt bei der amtlich bekanntgegebenen Feststellung, daß kein Minister der Bundesregierung mit Vertretern der Sowjetzone oder des dortigen Regimes Gespräche oder Verhandlungen geführt hat.'

(Die Welt, 15.11.1958)

Ulbricht wiederholt seine Behauptung

"SED-Parteichef Ulbricht wiederholte am Freitag in einem Interview mit der in Ostberlin erscheinenden "Berliner Zeitung" seine Behauptung, ein Minister des Kabinetts Dr. Adenauer habe mit einem Regierungsvertreter der "DDR" über Fragen einer deutschen Konföderation gesprochen. Zu dem Dementi der Bundesregierung erklärte Ulbricht: 'Momentan hat der Betreffende Furcht vor dem Verfassungsschutzamt, aber das Schweigen wird ihm doch nichts nutzen!'

(Telegraf, 25.10.1958)

Bonn: Ulbrichts Behauptung unwahr

"Widerrieklich hat Bundesminister Ernst Lemmer in Berlin jeder Vermutung widersprochen, es könne sich bei dem von Ulbricht genannten CDU/CSU-Kabinettsmitglied, das die Konföderationsidee einem sowjetischen Vertreter überliefert erst aufgetragen habe, um ihn handeln. Er machte seine Äußerung am Wochenende auf einer von Bundespressesekretär veranstalteter Zusammenkunft mit Schweizer Journalisten, die zu Studienzwecken in Berlin weilten. Der Minister sagte, der Bundeskanzler könne versichert sein, daß Ulbrichts Behauptung unwahr sei."

(Telegraf, 26.10.1958)

Ulbricht droht mit Enthüllungen

Am 11. November meldete das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland": 'Die Wahrheit ist, daß am 20. Oktober (1956) im demokratischen Sektor Berlins, der Hauptstadt Deutschlands, Besprechungen zwischen einem Vertreter

der DDR und einem Minister der Bonner Regierung, der speziell zu diesem Zweck nach Berlin gekommen war, stattgefunden haben. Am 13. Juli 1957 wurden diese Besprechungen im Ministerium in Bonn durchgeführt."

Schäffer selber drohte: "Ich hoffe immer noch, daß der Betreffende sich selbst zur Sache äußert. Sollte das nicht geschehen, dann werden die DDR-Vertreter, die die Unterhaltung geführt haben, sich zu diesen Unterhaltungen äußern."

(Spiegel, 19. 11. 1958)

Schäffer: Ich sprach in Ost-Berlin mit Sowjet-Botschafter Puschkin

"Schäffer: 'Ich war anlässlich einer Dienstreise am 20. Oktober 1956 einen Tag in Berlin. Es ist falsch, daß ich dabei eine Besprechung mit Vertretern der sowjetischen Behörden - gleichgültig über welches Thema - geführt habe. Eine Anregung, mit einem der sowjetischen Machthaber zu sprechen, habe ich rundweg abgelehnt. Ich habe aber an diesem Tage auf Grund einer mir vertraulich gemachter Mitteilung mich ausführlich mit dem damaligen sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin über die Frage unterhalten, ob die Sowjetunion bereit sei, für die Wiedervereinigung Deutschlands einen Verfaßten zuzustimmen, der zuerst allgemeine politische Betätigungsfreiheit wiederherstellt und dann in ganz Deutschland allgemeine, freie Wahlen für die Bildung einer gemeinsamen deutschen Nationalversammlung vorsieht.'"

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. 11. 1958)

Volksarmee-General Müller: Schäffer sprach sich mit mir

"Der frühere stellvertretende Verteidigungsminister der DDR, Generalleutnant der Nationalen Volksarmee Vincenz Müller, erklärte am Freitag in einem aufsehenerregenden Interview mit dem Chefredakteur der kommunistisch gelenkten 'Berliner Zeitung', im Juni 1955 und im Oktober 1956 mit dem damaligen Bundesfinanzminister und heutigen Bundesjustizminister Schäffer Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung geführt zu haben."

(Frankfurter Rundschau, 15./16. 11. 1958)

Schäffer: Keine politischen Gespräche mit Müller

"Bundesjustizminister Schäffer bestritt in einem am Freitagabend veröffentlichten Interview mit der 'Passauer Neuen Presse', daß er mit dem General Müller in Ostberlin politische Gespräche geführt habe. Schäffer erklärte, bei Müller habe er lediglich persönliche Unterhaltungen geführt, während er in der Wohnung von Müller auf die Begegnung mit dem sowjetischen Botschafter in Ostberlin gewartet habe."

(Die Welt, 15. 11. 1958)

Das Bundeskabinett war informiert

Auf die Frage (eines Journalisten), warum der Minister in seiner Erklärung das Gespräch mit Vincenz Müller nicht erwähnt habe, meinte Bundespressesekretär von Eckardt: 'Da müssen Sie Herrn Schäffer selbst fragen. Es ist eine persönliche Erklärung.' Der Sprecher räumte jedoch ein, daß Schäffer vor dem Bundeskabinett seinen Besuch bei Müller erwähnt hat."

(Die Welt, 15. 11. 1958)

Adenauer hat alles gewußt ... aber vorher nichts gesagt!

"Bundeskanzler Adenauer hat das Gespräch Schäffers mit dem sowjetischen Botschafter Puschkin und sein Zusammentreffen mit dem früheren Volksarmee-General Vincenz Müller in Ostberlin nicht gebilligt. Er machte diese Mitteilung am Wochenende vor dem Verein der Unionspresse in Bad Godesberg."

Adenauer erklärte, er habe dem damaligen Bundesfinanzminister und heutigen Bundesjustizminister Schäffer 1956 von einem Gespräch abgeraten, da es wenig Aussicht auf Erfolg habe. Schäffer habe aber aus Gewissensgründen die Reise nach Ostberlin unternommen, wobei er ausdrücklich erklärte, er habe 'auf seinem eigenen Kopf'. Der Kanzler versicherte: 'Ich habe ihn gewarnt, und ich könnte er sich nicht berufen.'"

(Die Welt, 17. 11. 1958)

Die Wohnungsversorgung junger Familien

Dr. B. Die Wohnungsversorgung der jungen Familien wird sich trotz der Erklärungen des Bundeswohnungsbauministers infolge der Beschlüsse der Regierungskoalition im Bundestag in nächster Zeit praktisch nicht verbessern. Das äußerten die Wohnungsbauexperten der SPD-Bundestagsfraktion nach der Wohnungsbaudebatte. Daß sich künftig schon Verlobte bei den Wohnungsämtern eintragen können, verschafft ihnen noch keine Wohnung, da die Zuteilung nach wie vor von der Dringlichkeit abhängt und davon wieviel Wohnungen überhaupt noch durch die Wohnungsämter zugeteilt werden können. Bekanntlich ist dies nur noch ein kleiner Teil, da über die anderen die Bauherren, die Finanzierungsstellen, die Hauseigentümer oder die Träger der Sonderprogramme bestimmen.

Die geplanten - vorerst noch nicht beschlossenen - Zinszuschüsse für Kapitalmarktmittel sollen wieder nur für den Bau von Familienheimen gegeben werden. Sie werden also nur für einen ganz kleinen Kreis junger Familien, die meist von Haus aus schon besser gestellt sind, in Frage kommen. Die Mehrzahl der jungen Familien braucht und will zunächst gar keine Eigenheime mit allen damit gegebenen Bindungen, sondern billige behagliche Mietwohnungen. Auch die Zusage des Bundeswohnungsbauministers, die jungen Familien in den einzelnen Förderungsgängen des sozialen Wohnungsbaues mit zu berücksichtigen, wird praktisch bei der Größe der Aufgabe, da es sich um mehrere hunderttausend Bedarfsfälle handelt, nicht weiterhelfen. In der Regel werden den jungen Familien im sozialen Wohnungsbau noch dringendere Versorgungsaufgaben vorgehen. Die jungen Familien kommen in der Regel gar nicht in die erste Zuteilungsstufe, weil die Bundestagsmehrheit auch hier die SPD-Anträge abgelehnt hat.

Die SPD bedauert, daß die Regierungsparteien erneut eine gute Möglichkeit ausgeschlagen haben, in diesem Punkt zu einer gemeinsamen Wohnungspolitik zu kommen. Die SPD hatte bekanntlich seit Monaten wiederholt beantragt, den Abbau der öffentlichen Mittel für den sozialen Wohnungsbau einzustellen und jährlich die 70 Millionen DM, die gekürzt werden, speziell für die Wohnungsversorgung junger Familien einzusetzen. Dabei hat der SPD-Sprecher noch zusätzlich vorgeschlagen, diesen Betrag teils als Darlehen, teils als Zinszuschuß zu geben, um mit den Mitteln besonders wirksam möglichst viele Wohnungen für junge Familien bauen zu können. Auch das wurde leider abgelehnt. Die jungen Familien müssen jetzt nachden praktisch der Bund für ihren Wohnungsbedarf nicht genügend Verständnis hat, dafür eintreten, daß die Länder und Gemeinden durch eigene Sondermaßnahmen eingreifen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Kärkschäffel